

13. Februar

2026

**Initiativengipfel  
in der Kiezspinne**

Ergebnisbericht

**Die Linke**

Fraktion in der  
BVV Lichtenberg

Die Broschüre  
als Download:



Fraktion in der  
BVV Lichtenberg

Fraktion Die Linke in der BVV Lichtenberg  
im Rathaus Lichtenberg  
Möllendorffstraße 6, Raum 8, 10367 Berlin  
Telefon: 030/902 96 31 20  
E-Mail: [fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de](mailto:fraktion@linksfraktion-lichtenberg.de)  
V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend und Toni Kraus, Fraktionsvorsitzende

Layout: Mareen Ebelt  
Bilder: Malte Rohrmoser und Mareen Ebelt  
Stand: April 2026

Mehr finden Sie unter: [www.linksfraktion-lichtenberg.de](http://www.linksfraktion-lichtenberg.de)  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

# Inhalt

Vorwort	05
Thementisch 1: Gleichstellung, Partizipation und Integration	07
Thementisch 2: Jugend, Familie und Soziales	11
Thementisch 3: Stadtentwicklung	13
Thementisch 4: Verkehr, Umwelt, öffentliche Ordnung	15



Initiati gip  
der Linksfraktion Lichte

Im Jahr 2022 haben wir mit unserem ersten Initiativgipfel ein neues Veranstaltungsformat ins Leben gerufen. Es folgten ein Energie- und Sozialgipfel und ein Gipfel zur Rettung grüner Innenhöfe. Alle Ergebnisberichte sind auf unserer Webseite, [www.linksfraktion-lichtenberg.de](http://www.linksfraktion-lichtenberg.de), veröffentlicht.

Auf unserem jüngsten Initiativgipfel gaben wir auch einen kleinen Einblick in unsere Arbeit der vergangenen Jahre in der BVV Lichtenberg. Was haben wir erreicht, welche Themen waren uns besonders wichtig, womit hatten wir Erfolg, und an welchen Dingen müssen wir noch dranbleiben und arbeiten? Natürlich geschieht das alles nicht im luftleeren Raum. Viele unserer Aktivitäten gingen auf Anregungen und Vorschläge zurück, die wir von außen erhalten haben – von Initiativen, Vereinen, Projekten.

Im September dieses Jahres wird in Berlin wieder gewählt. Wir haben tolle Kandidatinnen und Kandidaten für die sechs Lichtenberger Wahlkreise zur Wahl ins Abgeordnetenhaus nominiert, und es wird in der BVV eine neue Linksfraktion geben, für die zu unserer großen Freude auch ganz viele junge Leute kandidieren.

Aber dafür braucht es eine Basis, ein Wahlprogramm, das Probleme benennt, Lösungen vorschlägt, Menschen anspricht und mitnimmt.

Darüber haben wir uns mit den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung gefolgt waren, ausgetauscht, diskutiert, Ideen entwickelt, Wünsche geäußert und konkrete Vorschläge gemacht. Vieles davon ist hier nachzulesen.

**Tatjana Behrend und Toni Kraus, Fraktionsvorsitzende**

# Alle mitnehmen - niemanden zurück- lassen!

Zunächst einmal hatten wir eine Menge Fragen. Inwieweit sind in unserem Bezirk Frauen vor Gewalt geschützt? Welche finanzielle Sicherung gibt es für Netzwerkstellen für Alleinerziehende und bedarfsgerechte Kinderbetreuung?

In Lichtenberg kommen berlinweit die meisten Geflüchteten unter. Wie leben sie, welche Möglichkeiten haben sie, bei uns anzukommen, sich zu bilden, zu arbeiten, eine Wohnung zu bekommen und sich überhaupt zu integrieren?

Wie geht es eigentlich der Bürger:innenbeteiligung in unserem Bezirk? Was machen der Bürger:innenhaushalt und die barrierefreie Gestaltung von Beteiligungsformen in mehreren Sprachen? Und inwieweit können sich Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungsfindungen beteiligen? Wie entwickelt sich queeres Leben in Lichtenberg? Es wird zwar immer sichtbarer, aber es gibt auch Gewalt und Übergriffe, Beleidigungen und Diskriminierungen im Alltag. Wie kann man da gegensteuern?

### Unsere Zielstellung

Ganz eindeutig das Bemühen, auf all diese Fragen einzugehen und sie – wenn möglich – auch zu beantworten bzw. Ideen zu entwickeln, wie man Probleme angehen und lösen kann. Deshalb kam es uns vor allem auf konkrete Vorschläge und Verabredungen an. Begonnen haben wir mit einer kurzen Bestandsaufnahme zu wichtigen Themen.

### Gleichstellung & Feminismus

Gemeinsam mit den Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Einrichtung eines FLINTA\*-Zentrums für die Jahre 2026/2027 initiiert. Ebenso wichtig ist es uns, eine Anlaufstelle zum Thema häusliche Gewalt zu schaffen, da die Fallzahlen stetig steigen und schnelles Handeln deshalb essenziell ist. Neu in den Fokus gerückt ist die „Täterarbeit“ (Prävention und Arbeit mit gewaltausübenden Personen), um nicht nur reaktiv bei den Opfern, sondern

präventiv bei den Tätern anzusetzen. Eine der größten Herausforderungen für die nächste BVV ist die Finanzierung der freiwilligen Leistungen. Der Bezirk Lichtenberg hat seine Rücklagen aufgebraucht. Es besteht die große Befürchtung, dass angesichts knapper werdender Kassen zuerst bei sozialen und gleichstellungspolitischen Projekten gekürzt wird. Zudem erschwert ein spürbarer Rechtsruck im Bezirk die Arbeit.

### Integration

Besonders besorgniserregend ist der Umgang mit dem Integrationsfonds, aus dem viele wichtige Bezirksprojekte finanziert werden. Der Berliner Senat kürzt diesen Fonds nicht nur von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr, sondern hat ihn von der Zuständigkeit der Bezirke in die der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung verlegt. Dies stößt auf massiven Protest, da die lokalen Integrationsbeauftragten den Bedarf vor Ort wesentlich besser einschätzen können als der Senat. Durch die Umstrukturierung mussten bereits Projekte beendet werden, andere sind stark gefährdet.

Ein heiß diskutiertes Thema war die Geflüchtetenunterkunft im ehemaligen City Hotel Berlin East in der Landsberger Allee 203. Nach dem Willen des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) sollten dort über tausend Geflüchtete einziehen, um sie aus den katastrophalen und menschenunwürdigen Zuständen in der Massenunterkunft in Tegel herauszuholen. Kritisiert wurde aber die unzureichende Information zu diesem Vorhaben und vor allem das Fehlen der notwendigen Infrastruktur wie Ärzte, Kitas, Schulen. Derzeit kommen sehr viele geflüchtete Ukrainer:innen, oft alleinstehend, viele Männer und ältere Personen, die dringend Unterstützung bei der Integration benötigen. Auch deshalb sind die Projektfinanzierungen so enorm wichtig.

## Vielfalt & Queerpolitik

Der Bezirk Lichtenberg zeichnet sich dadurch aus, dass er als einziger deutschlandweit ein Regenbogenfamilienzentrum aus eigenen Bezirksmitteln finanziert. Auch das erste queere Jugendzentrum konnte etabliert werden. Für die kommenden Jahre steht der Antrag für ein queeres Wohnprojekt im Fokus, um sichere Schutzräume zu schaffen.

Es wurde von den harten Bedingungen für queere Geflüchtete in der Unterkunft Tegel und dem generellen Mangel an Krisenwohnungen berichtet - sowohl für FLINTA\* als auch für queere Personen.

Große Sorge bereiten die massiven Angriffe der AfD (und zunehmend auch aus dem CDU-Spektrum) auf Trägerstrukturen. Träger wie „Lesben leben Familie“ erhielten Drohungen, weil sie sich an Demonstrationen gegen Kürzungen beteiligten. Die Auswirkungen des aktuellen Landeshaushalts sind fatal. Der Etat wurde als „Wahlkampfhaushalt“ beschrieben, der die massiven finanziellen Lücken und drohenden Kürzungen - insbesondere im Bildungsbereich - für die Zeit nach den Wahlen nur verschleierte.

## Bürger:innenbeteiligung

Im Zentrum stehen hier die Kiezfonds (Bürger:innenhaushalt). Pro Region stehen jährlich ca. 30.000 Euro zur Verfügung. Bürger:innen können niedrigschwellig bis zu 1.000 Euro für ehrenamtliches Engagement beantragen (z. B. für Nachbarschaftsfeste oder die Bepflanzung von Baumscheiben). Die Inanspruchnahme ist allerdings sehr unterschiedlich: In Karlshorst und Lichtenberg-Süd sind die Töpfe schnell leer, während in Falkenberg oder Hohenschönhausen am Jahresende oft noch Geld übrig ist. Ziel für die Zukunft ist es, die Kiezfonds unbedingt zu erhalten, die Antragstellung noch einfacher zu gestalten und die Angebote in der Bevölkerung bekannter zu machen.



Zum Schluss haben wir konkrete Forderungen gesammelt, von denen einige auch Eingang in unser bezirkliches Wahlprogramm fanden.

## **Integration**

- Mehr Angebote im Umfeld der Geflüchtetenunterkünfte, Möglichkeiten für Treffen, Austausch und Beratung
- Interkultureller Austausch durch Orte der Begegnung, Klubräume fördern, gemeinsame Feste für Einheimische und Hinzugekommene
- Kinder in Ganztagschulen unterrichten
- Das Projekt „Stärkung Berliner Großstadtsiedlungen“ fortführen
- Einrichtung und Stärkung versicherungsfreier Gesundheitszentren
- Übersetzer:innen und mehrsprachiger Schriftverkehr in Ämtern
- Mehrsprachige Angebote im Gewaltschutz
- Beratung und Räume für geflüchtete Frauen

## **Inklusion**

- Betrieb der Schwimmhalle in der Carl-von-Linné-Schule sicherstellen
- Personalmangel in der Carl-von-Linné-Schule entgegenwirken, es fehlen Krankenpfleger:innen und Schulärzt:innen
- Bekenntnis zu Förderzentren/-schulen als Wahloption für Eltern von Kindern mit Förderbedarf

## **Feministische Politik**

- Feministische Stadtplanung mit mehr Zebrastreifen, Stellplätzen für Kinderwagen, Outdoor-Wickelplätzen
- Finanzberatung für FLINTA\*
- Mit feministischem Stadtplan Schutzräume sichtbar machen
- Informationskampagne Femizide, häusliche und sexualisierte Gewalt
- Täterarbeit als Gewaltschutz nach Lichtenberg holen
- Prävention im Bereich sexualisierter Gewalt, Täter- und Opferseite

- Klimawandel und Gleichstellung, Beschattung, Kühlräume (häusliche Gewalt steigt bei Hitze)

## **Partizipation**

- Mehr Kinder- und Jugendpartizipation (Bürger:innenbeteiligung)
- Solidarität durch Angebote an BIPOC (Black, Indigenous and People of Color)
- Teilhabe ermöglichen, Mobilität und ÖPNV, Bürgersteige absenken, wildes Parken von Rollern vermeiden
- Begegnungsmöglichkeiten für Senioren erhalten und ausbauen
- Seniorenmitwirkungsgesetz des Senats realisieren
- Ausgrenzung verhindern – Digitalisierung ist nicht alles
- Digitale Barrierefreiheit in Behörden
- Barrierefreiheit in Supermärkten, z.B. ruhige Stunde
- Ehrenamt: professionelle Begleitung, Aktivierung neuer Gruppen (Jugend), Vernetzung von Initiativen, Werbung für bestehende Initiativen

Wir bedanken uns bei allen Gästen am Thementisch 1 für die interessante Diskussion und die tollen Ideen!

*Antje Schiwatschew, Claudia Engelmann und Tatjana Behrend*



# Kein Kind darf in Armut leben!

Wir als Linke Lichtenberg wollen unseren Bezirk als familienfreundlichen und solidarischen Ort gestalten. Mit unserer Bezirksvorsitzenden und Jugendstadträtin Camilla Schuler unterstreichen wir diesen Anspruch auch in der praktischen Politik. So ist es maßgeblich der Initiative der Linken zu verdanken, dass Lichtenberg mit der Entwicklung einer Kinderarmutspräventionsstrategie ein Berliner Pilotprojekt auf den Weg gebracht hat.

In den vergangenen Jahren war es unser Ziel, das Thema Kinderarmut als Querschnittsaufgabe in allen Fachverwaltungen zu verankern. Dieser Anspruch gilt weiterhin. Allerdings haben sich die politischen Rahmenbedingungen verändert: Spätestens seit der Wiederholungswahl 2023 und veränderten Mehrheitsverhältnissen stehen soziale Infrastruktur und Präventionsangebote stärker unter Druck.

In den Haushaltsverhandlungen der vergangenen Jahre galt es, bestehende Strukturen angesichts steigender Kosten und wachsender Bedarfe zu sichern. Immer häufiger werden soziale Angebote einer strikten Finanzierungslogik unterworfen, während qualitative Arbeit stärker in Kennzahlen gepresst werden soll. Wir wollen dem eine Politik entgegenzusetzen, die sowohl Familien als auch die Beschäftigten im sozialen Bereich stärkt – mit verlässlichen Strukturen, guter Arbeit und qualitativ hochwertigen Angeboten.

Dass das zentrale Angebot angesichts des steigenden Rationalisierungsdrucks erhalten werden konnte, ist auch dem engen Austausch mit Trägern, Fachkräften und Initiativen vor Ort zu verdanken. Für uns bleibt klar: Unsere politische Richtschnur sind diejenigen, die selbst keine starke Lobby haben – Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen Lebenslagen.



## Zielstellung

Der Thementisch „Jugend, Familie und Soziales“ hatte das Ziel, konkrete Erfahrungen aus der Praxis stärker in unsere politischen Weichenstellungen einfließen zu lassen. Vertreterinnen und Vertreter aus Jugendhilfe, Sozialarbeit, Bildung, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen diskutierten gemeinsam mit uns, wo aktuell die größten Herausforderungen liegen und welche politischen Veränderungen notwendig sind.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie soziale Infrastruktur im Bezirk langfristig gesichert und weiterentwickelt werden kann – trotz steigender Bedarfe, wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmenden finanziellen Drucks auf soziale Träger. Gleichzeitig ging es darum, konkrete Vorschläge für unser Wahlprogramm zu entwickeln und politische Prioritäten zu formulieren, die sich an den realen Bedürfnissen der Menschen im Bezirk orientieren.

Der Thementisch war breit gefächert mit den Schwerpunkten Jugend, Familie und Soziales. Einige zentrale Vorschläge, die wir auch im Bezirkswahlprogramm aufgenommen haben, stellen wir hier vor:

## Zugang zu sozialen Leistungen erleichtern

Leistungen müssen für Hilfesuchende schneller und unbürokratischer erreichbar sein. Diskutiert wurde unter anderem die automatische Ausstellung des Berlinpasses bei Leistungsbezug sowie der Ausbau aufsuchender Sozialarbeit, um Menschen besser zu erreichen, die Schwierigkeiten haben, Behördenangebote wahrzunehmen.

## Verlässliche Finanzierung sozialer Infrastruktur

Träger benötigen Planungssicherheit. Förderstrukturen sollen langfristiger ausgestaltet, Tarifsteigerungen vollständig refinanziert und bürokratische Hürden in der Antragsstellung reduziert werden. Jugendarbeit muss als elementare öffentliche Daseinsvorsorge verstanden und die Kosten-Leistungsrechnung der Bezirke reformiert werden!

## Kinder- und Familienangebote stärken

Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas, Familienzentren und Angebote der Kinderarmutsprävention sollen langfristig gesichert und ausgebaut werden. Besonders wichtig sind Kitasozialarbeit, Sprachförderung und niedrigschwellige Unterstützungsangebote für Familien. Wir fordern ein Sprachförderzentrum für Lichtenberg.

## Gesundheitsversorgung im Bezirk verbessern

Diskutiert wurden Modelle wie soziale Sprechstunden zur Entlastung von Arztpraxen sowie kommunale medizinische Versorgungszentren, um insbesondere die hausärztliche Versorgung langfristig zu sichern.

## Begegnungsräume und gesellschaftliche Teilhabe fördern

Der Bezirk braucht mehr Orte der Begegnung für unterschiedliche Generationen. Sportangebote, Freizeitmöglichkeiten und öffentliche Plätze für Kinder und Jugendliche sowie die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement sollen stärker gefördert werden.

Auch queere Beratungsangebote und Regenbogenfamilienzentren wurden als wichtige Bestandteile einer offenen sozialen Infrastruktur hervorgehoben.

*Samantha Klug und Toni Kraus*



## Thematisch 3: Stadtentwicklung

# Für ein sicheres und bezahlbares Lichtenberg!



Als Linksfraktion in der BVV Lichtenberg vertreten wir die Auffassung, dass eine Stadt vor allem für die Menschen gemacht sein muss, die sie bewohnen, sie mit Leben füllen und deren Alltag in den Kiezen stattfindet.

Von Familien, Alleinerziehenden, Senior:innen zu Studierenden, Alleinstehenden oder Menschen in schwierigen Lebenslagen – die bedürfnisgerechte Versorgung und das soziale Wohnumfeld sind essenziell für ein gutes Leben. Berlin entwickelt sich an vielen Stellen jedoch in die gegensätzliche Richtung – steigende Mieten, grüne Innenhöfe, die zugebaut werden, fehlende Nahversorgung und lange Wege sind nur einige der Probleme, die die Stadtentwicklung aktuell beschäftigen. Es ist vor allem die Immobilienlobby, die mit dreisten Methoden abzockt. Aber auch die Landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen bei ihrer Bau- und Mietpolitik nachbessern. Die Menschen in Berlin und Lichtenberg verdienen sicheres und solidarisches Wohnen, dafür setzen wir uns bereits jetzt mit unserer Stadträtin Camilla Schuler ein.

### Zielstellung

Der Thementisch hatte zum Ziel, dass die anwesenden Initiativen einmal sehr genau die Arbeit der Linksfraktion im Bereich Stadtentwicklung unter die Lupe nehmen, wir gemeinsam konkrete Schwerpunkte der kommenden Arbeit benennen und Strategien zur Umsetzung für eine linke Stadtentwicklungspolitik erarbeiten. Vorrangig haben wir uns mit den Bereichen Mieten und Wohnen sowie Nachverdichtung und Bürgerbeteiligung beschäftigt.

Die teilnehmenden Initiativen kamen aus verschiedenen Kiezen mit unterschiedlichen Problemlagen und diversen Interessensbereichen, so dass wir viele Themenspektren der Stadtentwicklung gut abdecken konnten.

## Konkrete Vorschläge und Verabredungen

Unser Anliegen war, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger konkret aufzugreifen, um für verschiedene Sozialstrukturen und Kieze Ideen zu finden.

## Bürgerbeteiligung für alle

Besonders bei Neubauprojekten in bestehenden Wohngebieten müssen die Bürgerinnen und Bürger informiert und einbezogen werden, so dass jede und jeder im Kiez die Möglichkeit hat, bei Interesse am Beteiligungsverfahren mitzuwirken – von der Schichtarbeiterin bis zum Rentner.

## Nachbarschaftsfreundlicher Wohnungsneubau statt „Schneller-Bauen-Gesetz“

Wenn es in einem Kiez zu einem Neubauprojekt kommt, müssen die Menschen – ob Bestandmieter:innen oder Zugezogene – ein Wohnumfeld vorfinden, das für alle lebenswert ist. Langjährige Mieter:innen dürfen nicht gegen neue Bewohner:innen ausgespielt werden. Das Wohnumfeld und die soziale Infrastruktur tragen nicht nur zur individuellen Verbesserung der Lebenssituation bei, sondern unterstützen auch die Kiezzgemeinschaft. Hierzu muss in der Zukunft auch stärker auf altersgerechtes und barrierefreies Wohnen geachtet werden.

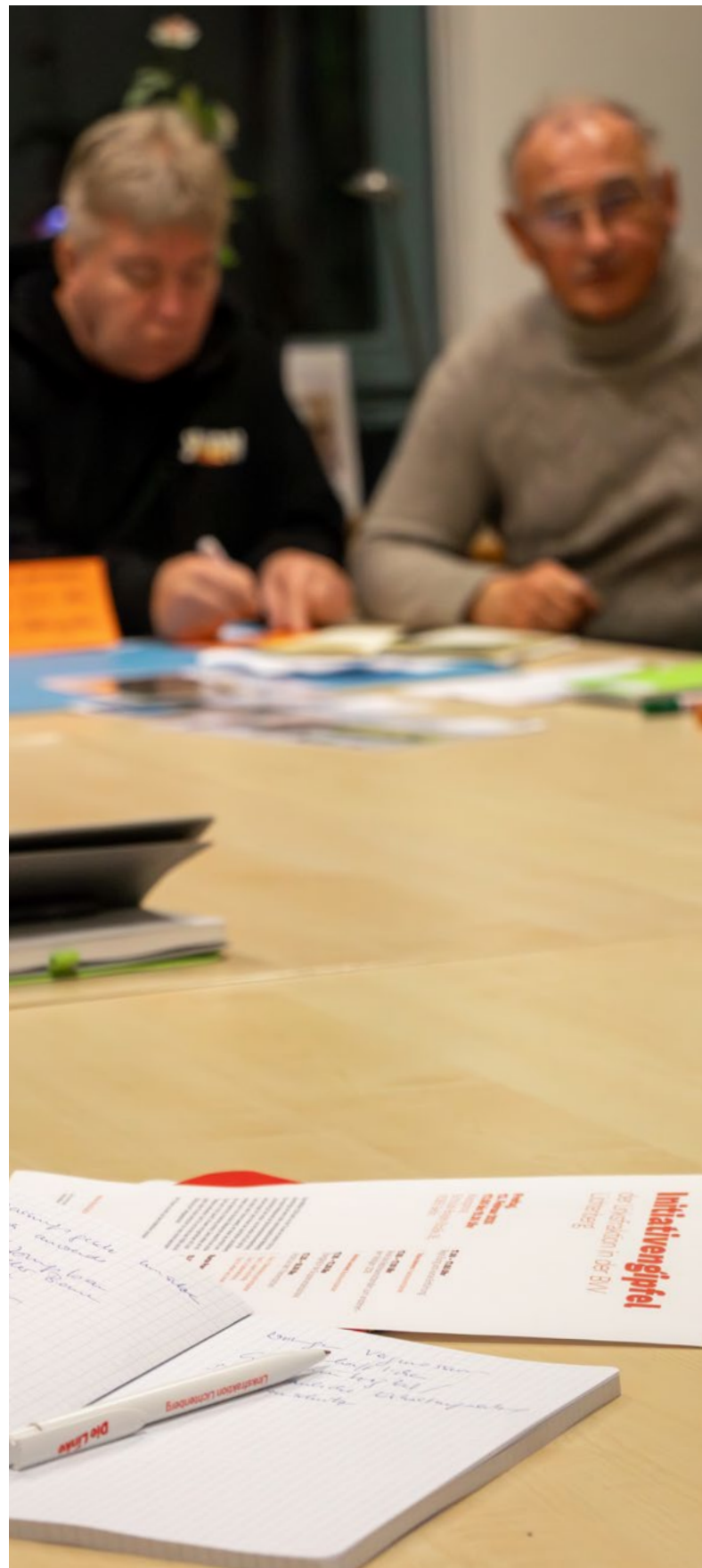
## Niemals allein, immer gemeinsam

Das sollte das Motto einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung sein. Wir wollen das Beratungsangebot von Mietergemeinschaft und Mieterverein stärker an die Mieter:innen herantragen und so bei Problemen eine direkte Ansprechstelle vermitteln. Außerdem wollen wir der zunehmenden Vereinsamung von Menschen entgegenwirken – mit mehr Gemeinschaftsräumen zum Nachbarschaftstreff oder Mieter:innengärten zur gemeinsamen Erholung an der frischen Luft.

## Endlich Schluss mit dem Geschäft mit der Miete

Dreiste Vermieter zocken mit abenteuerlichen Methoden die Mieter:innen der Stadt ab. Hier muss es klare Handlungsräume und eine Kompetenzstärkung des Bezirks geben, um dagegen vorzugehen. Es darf nicht sein, dass Einzelne mit dem Grundrecht Wohnen ein Millionengeschäft machen, während die Mehrheit der Lichtenberger:innen schauen muss, wie sie für die Miete aufkommen kann. Die Stadt muss lebenswert und bezahlbar für alle sein.

*Elisa Schneider*



# Ein gutes Klima für alle!

Unsere Erde ist die Grundlage für unser (Über-)Leben. Gleichzeitig bleibt Umweltpolitik oft abstrakt oder technisch, solange sie nicht mit den Anliegen von Menschen verbunden wird, die sie unmittelbar berühren und ganz direkt das eigene Leben betreffen. Es sind die täglichen Herausforderungen, wie im Bereich des Verkehrs und der Frage, wie wir uns schnell und unkompliziert durch unseren Bezirk bewegen können. Verkehrspolitik ist alltäglich und trägt gleichzeitig zum breiten Feld der Umweltpolitik bei, da 28 Prozent der klimaschädlichen Emissionen in Berlin aus dem Verkehrssektor stammen.

### Zielstellung

Am Thementisch 4 war das Hauptziel, Mobilität für alle Menschen und alle Verkehrsmittel gleichberechtigt zu ermöglichen. Dazu gehören ein bezahlbarer Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) genauso wie eine stetige Verbesserung für die Fahrradmobilität.

Ganz konkret wurde Folgendes diskutiert und vereinbart:

### Der 17. Bauabschnitt der A 100 (Stadt-autobahn von Treptow nach Lichtenberg) muss verhindert werden

Ob gebaut werden soll, ist eine politische Entscheidung. Dazu muss sich auch das Land Berlin immer wieder positionieren, denn bisher hat der Bund keine Autobahnen gegen den Willen des Landes durchgesetzt. Es braucht klare Festlegungen im Flächennutzungsplan und zuvor ggf. Verkehrsuntersuchungen. Die Autobahn muss aus dem Wegeplan des Bundes gestrichen werden, bevor das Planfeststellungsverfahren eröffnet wird.

Zudem brauchen wir mehr Instrumente, um den Bürger:innenwillen bezüglich der A 100 und die Folgen des 17. Bauabschnitts öffentlich deutlich sichtbar zu machen. Es braucht Transparenz, wie die Planung umgesetzt werden soll, z.B. durch Häuserabbrisse und eine offene Baustelle. Die Gürtelstraße und Neue Bahnhofstraße wären nicht mehr überquerbar. Öffentlichkeitsarbeit muss verbildlichen, was es bedeuten würde, wenn der Bauabschnitt nicht verhindert wird.

Unser Ziel muss sein, Mehrheiten für eine Regierung zu erreichen, die sagt: „Nein, Schluss!“ In einem potenziellen Koalitionsvertrag muss stehen „Die Autobahn wird nicht weitergebaut.“

Es gibt einen BVV-Beschluss in Lichtenberg gegen den Weiterbau der A 100. Dieser hat noch immer Bestand und sollte nach der Wahl mit großer Mehrheit bekräftigt werden. Wir wollen im Bezirk Druck aufbauen und Transparenz schaffen. Mit einer neuen Resolution bauen wir auch den Druck gegenüber dem Senat auf. Wir werden ein Flächen-screaming im Bezirk anstoßen und Potenzial aufzeigen sowie aktiv bestimmte Nutzungen auf oder neben den anvisierten Flächen für die A 100 anregen, damit diese langfristig durch alternative Nutzungen gesichert sind.





## **Tangentialverbindung Ost (TVO) - Wegeverbindung von Treptow-Köpenick bis Marzahn-Hellersdorf für Nahverkehr und Fahrrad statt Auto**

Unser früher klares „Ja zur TVO“ hat sich während der letzten Regierungsbeteiligung zu einem „Ja, jedoch nur mit paralleler Schienen-TVO“ (auch Nahverkehrstangente genannt) gewandelt. Leider gab es bisher keine klare Positionierung der Bezirkspolitik dazu.

Mittlerweile erscheint eine vierspurige Straße völlig überdimensioniert. In unmittelbarer Nähe der geplanten TVO-Flächen werden bereits Sozialwohnungen realisiert (z.B. Zwieseler Straße). Der Knoten am S-Bahnhof Wuhlheide kann alternativ auch anders umgestaltet werden; dies wäre zudem viel kostengünstiger.

Für zukünftige Debatten ist die Kosten-Nutzenrechnung zu beachten. Durch die immer weitere Verschiebung des Baus der TVO ist der vor vielen Jahren eingeforderte Nutzen nun gar nicht mehr darstellbar, und die Kosten steigen immer mehr.

Es gäbe auch einen Konflikt mit der Nahverkehrstangente, da der Platz nicht für Straße und Schiene reicht. Es müssten Wohnungen und Natur weichen. Die Entscheidung lautet also: Entweder Straße oder Schiene. Wir wollen die Schienen- und Nahverkehrstangente. Parallel dazu wollen wir Radwege. Dafür reicht der vorhandene Platz; und die Lärmbelastung wäre für die in der Nähe entstehenden Wohnungen viel geringer und verträglicher.

## **Verkehrsberuhigung: Fahrradwege aus- bauen und den Öffentlichen Personennah- verkehr (ÖPNV) stärken**

Die Umsetzung des Berliner Radverkehrsplans läuft in Lichtenberg besonders schlecht. Es gibt Blockaden in der Verwaltung, Gefahrenlagen werden nicht erkannt. Es braucht ein effektives Change-Management, also die Bereitschaft zur aktiven Veränderung.

Mit Blick auf Gesamtberlin muss das Mobilitätsgesetz rechtlich verbindlich werden. Derzeit regeln die Paragraphen 24 und 25 zwar das Vorgehen in Konfliktfällen, sofern diese jedoch von der Verwaltung abgewiesen werden, haben Initiativen/Verbände kein Klagerecht. Deshalb wollen wir das Mobilitätsgesetz auf Landesebene in einer Regierung so verändern, dass es zukünftig unter anderen politischen Mehrheiten einklagbar ist und bleibt.

Der Wunsch ist, dass mehr mit Bürger:innenbudgets und Kiezfonds gearbeitet werden kann und insgesamt im Haushalt ein fester Betrag je Kopf im Bezirk für den Radverkehr

ausgegeben wird, mindestens so viel wie für den individuellen Autoverkehr.

Wir brauchen und wollen mehr Kiez- oder Quartiersgaragen und dafür weniger versiegelte Parkflächen. Für weniger Versiegelung und auch um mehr Parkplätze in Gegenden mit hohem Parkdruck zu schaffen, müssen Parkflächen rund um die Uhr genutzt werden, also zum Beispiel Supermarktparkplätze abends/nachts für Anwohnende öffnen, und das zu leistbaren Konditionen.

Wichtig ist auch, die unterschiedlichen Stadtteile mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen zu berücksichtigen. Gerade in Neu-Hohenschönhausen gibt es trotz im Verhältnis geringerer Haushaltseinkommen viel mehr Autos je 100 Einwohner:innen als in näher an der Innenstadt gelegenen Stadtteilen. Warum? Es braucht dringend einen zuverlässigeren ÖPNV bis an die Stadtgrenze heran. Die S 75 fällt häufiger aus als viele andere S-Bahnen. Als im Februar Blitzeis einen kompletten Straßenbahnausfall verursachte, waren die Straßenbahnlinien nach Hohenschönhausen (M4 und M5) die allerletzten, die wieder aktiviert wurden – nach vier vollen Tagen, während in der Innenstadt dies schon am ersten Nachmittag gelang.

Das Thema Parkraumbewirtschaftung wird immer wieder kontrovers diskutiert, die Vor- und Nachteile für Lichtenberg und Hohenschönhausen sind derzeit nicht eindeutig zu benennen. Um letztlich zu entscheiden, ob und wo im Bezirk die Einführung der Parkraumbewirtschaftung sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar ist, bedarf es einer analytischen Betrachtung. Zuletzt gab es im Jahr 2017 eine solche Untersuchung. Im Ergebnis wurde damals in einer Machbarkeitsstudie festgestellt, dass die Voraussetzungen für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung nicht vorlagen und unter Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ihre Einführung und Kontrolle auch nicht kostendeckend durchgeführt werden konnte.

Wichtig ist, dass wir nicht in eine Fahrrad-gegen-Auto-gegen-Fußverkehr-Debatte geraten, sondern die verschiedenen Bedürfnisse der Menschen gleichberechtigt betrachten und im Ergebnis gute Bedingungen für alle schaffen. Ein besserer ÖPNV mit einer dichteren Taktung sowie mehr und sicherere Radwege sind die Voraussetzung, damit Menschen überhaupt auf Autos verzichten können.

Wir unterstützen Kiezblocks, wo immer diese zu mehr Verkehrsberuhigung führen und damit die Lebensqualität erhöhen. Wichtig ist im Vorfeld eine gute Beteiligung aller im Kiez lebenden und arbeitenden Menschen; auch Gewerbetreibende müssen einbezogen werden, um individuelle Lösungen zu finden.















## Folgen Sie uns auf Social Media:



**Facebook**

@linke.lichtenberg



**Instagram**

@linke\_lichtenberg



**X (ehemals Twitter)**

@bvvlinkelbg

